presse

Internationale Klimapolitik muss Menschen weltweit erreichen

Anlässlich der heutigen Plenardebatte zu den Anträgen der SPD „Klimawandel gefährdet Menschenrechte“ und „Erneuerbare Energien und Energieeffizienz in Entwicklungsländern“ erklären die stellvertretende menschenrechtspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Angelika Graf und die stellvertretende entwicklungspolitische Sprecherin Bärbel Kofler:

Um den gravierenden Folgen des globalen Klimawandels effektiv und nachhaltig entgegen zu treten, reicht es nicht aus nur über Anpassungs- und Vermeidungsmaßnahmen zu reden.

Wir müssen handeln und die betroffenen Menschen und ihre Rechte in den Mittelpunkt stellen. Besonders das Recht auf Nahrung, Wasser, Gesundheit und eine angemessene Unterkunft sind durch den Anstieg der Meeresspiegel, durch Dürren und tropische Wirbelstürme sowie Überschwemmungen schon heute oftmals verletzt. Der Klimawandel gefährdet Menschenrechte. Wir fordern die Bundesregierung daher auf, einen menschenrechtsbasierten Ansatz in die internationale Klimadiskussion einzubringen.

Nicht nur die Anpassung an Klimafolgen, auch eine nachhaltige Umwelt-und Klimapolitik in Entwicklungsländern ist notwendig. Energiearmut ist in vielen Entwicklungsländern ein zusätzliches Hindernis bei der Überwindung von Armut. Wir müssen die Entwicklungsländer darin unterstützen nicht die gleichen Energiesünden zu begehen, die wir als Industrienation verbrochen haben. Die Bundesregierung muss Maßnahmen und Finanzierungsplanungen ergreifen, mit denen Entwicklungsländer langfristig bei der Umstellung zu nachhaltiger Energiegewinnung und effizienter Energienutzung in allen Lebens- und Arbeitsbereichen unterstützt werden.